

Für Frieden in der Ukraine: Putins Angriffskrieg entgegentreten



1. Ordentlicher Länderrat 2022, 30. April 2022
Düsseldorf, Rheinterrasse

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 28.04.2022
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Für Frieden in der Ukraine: Putins Angriffskrieg entgegentreten

Antragstext

- 1 Wir verurteilen den Angriff der russischen Armee auf die Ukraine auf das
- 2 Schärfste. Er bringt großes Leid, tragische Verluste und millionenfache Flucht
- 3 für die Ukrainer*innen und alle, die dort leben. Wir stehen zutiefst
- 4 erschüttert, fest und solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine.
- 5 Putin und seine Armee dürfen diesen Krieg nicht gewinnen, der bereits 2014
- 6 seinen Anfang nahm und in den vergangenen Jahren bereits mehr als 13.000
- 7 ukrainische Todesopfer forderte.
- 8 Der Angriff der Atommacht Russland auf die souveräne, demokratische und
- 9 friedliche Ukraine hat Auswirkungen weit über die Ukraine hinaus. Er bedeutet
- 10 einen eklatanten Bruch des internationalen und humanitären Völkerrechts, ist ein
- 11 Angriff auf Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa und ein Versuch, die seit
- 12 Jahrzehnten bestehende Friedensordnung Europas dauerhaft zu zerstören. Putin
- 13 versucht, das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte
- 14 Souveränitätsprinzip durch das Recht des Stärkeren zu ersetzen und uns in die
- 15 Logik des Imperialismus und Kolonialismus sowie eine neue Blockkonfrontation zu
- 16 treiben. Diesem Ansinnen der Unfreiheit und Spaltung stellen wir uns mit aller
- 17 Kraft entgegen.
- 18 Der russische Angriffskrieg hat dramatische Auswirkungen nicht nur in Europa.
- 19 Die Versorgung mit Lebensmitteln, Düngemitteln, Rohstoffen und fossilen
- 20 Energieträgern ist in weiten Teilen der Welt durch Putins Krieg gefährdet. Es
- 21 wird immer deutlicher, dass Putin Hunger als Waffe nutzen will. Während die
- 22 Ernährungssicherheit in Europa gewährleistet ist, wird die Situation in vielen
- 23 Ländern im globalen Süden erheblich verschärft: Zusätzlich zu den bestehenden
- 24 Herausforderungen insbesondere im Zuge von Dürren und Überschwemmungen als
- 25 Auswirkungen der Klimakrise kommen nun rasante und zum Teil auch spekulative
- 26 Anstiege der Getreidepreise sowie der Ausfall von Getreideexporten aus der
- 27 Ukraine und Russland hinzu. Es drohen deshalb weitere Hungerkatastrophen.
- 28 Als Regierungspartei übernehmen wir Verantwortung und stehen in konsequenter
- 29 Solidarität mit der Ukraine. Wir warnen den Kreml vor dem Einsatz jeglicher
- 30 Massenvernichtungswaffen und treten mit aller Entschlossenheit der Aggression
- 31 des russischen Regimes entgegen: durch Hilfe, Aufnahme von schutzbedürftigen
- 32 Menschen und Diplomatie, aber auch durch schnelle und konsequente Sanktionen,
- 33 Unterstützung mit wirksamen, auch schweren und komplexen Waffen und das Annehmen
- 34 einer aktiven, verantwortlichen Rolle innerhalb der EU-Staaten, der NATO und der

35 Weltgemeinschaft. Es geht darum, die Folgen des Krieges einzudämmen und unseren
36 Teil dazu beizutragen, diesen zu beenden.

37 Wir müssen – auch angesichts der besonderen deutschen Verantwortung gegenüber
38 der Ukraine und den weiteren Nachfolgestaaten der Sowjetunion – unser
39 Möglichstes tun, um den Krieg in der Ukraine und die massiven
40 Menschenrechtsverletzungen zu beenden und müssen gleichzeitig verhindern, dass
41 Russland den Krieg auf weitere Staaten ausdehnt. Wir wissen, dass die Menschen
42 in der Ukraine derzeit auch Opfer eines Angriffs von Despotie auf die Freiheit
43 sind und deshalb gerade mit großem Mut auch für unsere Freiheit und für das
44 Völkerrecht kämpfen. Daher ist die Unterstützung der Ukraine auch eine
45 friedenspolitische Verpflichtung.

46 Gleichzeitig stehen wir solidarisch an der Seite der mutigen Menschen in
47 Russland, die ihre Stimme gegen diesen unmenschlichen Krieg erheben, obwohl sie
48 wissen, dass ihnen dafür Haft, Folter oder Schlimmeres droht.

49 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- 50 • unterstützen die massiven, gegen den russischen Machtapparat verhängten
51 politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionsmaßnahmen. Deren
52 Wirksamkeit müssen wir kontinuierlich überprüfen und Schlupflöcher
53 schließen. Zusammen mit unseren internationalen Partnern werden wir auch
54 die Ausweitung dieser Sanktionen konsequent vorantreiben;
- 55 • wollen, dass die durch die Bundesregierung bereits begonnene Reduzierung
56 unserer Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland weiter fortgeführt
57 und dass diese Abhängigkeit schnellstmöglich beendet wird. Wir begrüßen,
58 dass wir bei Öl und Kohle bereits kurz davor stehen, diese Unabhängigkeit
59 herzustellen. Bei Gas ist eine weitgehende Unabhängigkeit bis spätestens
60 2024 möglich. Vor diesem Hintergrund erhalten die beschleunigte Umstellung
61 auf erneuerbare Energien sowie Maßnahmen zur Energieeffizienz und
62 Energieeinsparung eine zentrale sicherheitspolitische Bedeutung;
- 63 • befürworten und unterstützen die Fortsetzung und wo möglich Beschleunigung
64 der Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine und dabei auch die
65 Erweiterung der Lieferung auf schwere Waffen und komplexe Systeme etwa im
66 Rahmen des „Ringtauschs“ mit Partnerländern, damit die Menschen in der
67 Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung ausüben können. Eine stetige
68 Prüfung, ob weitere Waffen abgegeben werden können, wird genauso
69 befürwortet wie das aktive Zugehen auf andere Länder, um ihnen einen
70 „Ringtausch“ anzubieten. Wichtig ist dabei die Stärkung der
71 Verteidigungsfähigkeit der Ukraine auch über die nächsten Monate hinaus.
72 Auch die kurz-, mittel- und langfristige Ausbildung in Deutschland oder
73 auf NATO-Gebiet muss in Abstimmung und Kooperation mit unseren Partnern
74 von der Bundesregierung unterstützt werden;
- 75 • stehen dafür, dass parallel und unabhängig von diesen Maßnahmen alle
76 diplomatischen Bemühungen unternommen werden, um eine Waffenruhe zu
77 erreichen und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen
78 ihre territoriale Integrität zu beenden. Dabei muss klar sein, dass es
79 keine Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainer*innen hinweg geben darf.
80 Daher unterstützen wir gerade die Bemühungen der ukrainischen Regierung,
81 in direkten Verhandlungen mit der russischen Führung einen
82 Waffenstillstand zu erzielen. Gleichzeitig sind wir uns jedoch bewusst,

- 83 dass Wladimir Putin sich in der Vergangenheit nicht an Zusagen gehalten
84 hat. Deshalb zählen Taten, nicht Worte;
- 85 • stehen für das Recht der Ukraine als demokratischer und souveräner Staat
86 auf freie Bündniswahl. Ob die Ukraine den Antrag auf eine NATO- oder EU-
87 Mitgliedschaft stellt, entscheiden die Menschen in der Ukraine, nicht
88 Moskau, Berlin, Brüssel oder Washington. Wir unterstützen aktiv die EU-
89 Beitrittsperspektive der Ukraine als wichtiges politisches Signal. Die
90 Ukraine gehört ohne Wenn und Aber zu Europa;
 - 91 • setzen uns mit Nachdruck für eine umfassende Dokumentation, unabhängige
92 Untersuchung und Verfolgung der Kriegsverbrechen in der Ukraine ein. Dazu
93 muss den zuständigen UN-Organisationen, insbesondere dem UN-
94 Hochkommissariat für Menschenrechte, dem Internationalen Strafgerichtshof,
95 den europäischen Justizbehörden und weiteren relevanten nationalen und
96 internationalen Institutionen jegliche Unterstützung gewährt werden.
97 Diejenigen, die in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen haben, müssen
98 wissen, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden. Die grausamen Massaker
99 von Butcha, Borodjanka, Mariupol und vieler anderer Orte der Ukraine sowie
100 der Einsatz sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe und weiterer Verbrechen
101 gegen die Menschlichkeit dürfen nicht ungestraft bleiben;
 - 102 • unterstützen Bemühungen für die Untersuchung des Zustands und die
103 Absicherung der ukrainischen Atomkraftwerke, um die Folgen der russischen
104 Besatzung zu beseitigen und Vorkehrungen gegen weitere Angriffe zu
105 verstärken. Auch bei verstärktem Schutz gibt es jedoch keine hinreichende
106 Sicherheit gegenüber unmittelbaren und mittelbaren (externe
107 Stromversorgung, fehlender Diesel für Notstromaggregate) Kriegsfolgen.
108 Deshalb muss sich Deutschland für eine weltweite Ausstiegsstrategie
109 einsetzen;
 - 110 • begrüßen die bisherigen Entscheidungen der Bundesregierung zur
111 Unterstützung für die ukrainische Kultur. Denn mit dem russischen
112 Angriffskrieg soll auch die Kultur und kulturelle Identität der Ukraine
113 vernichtet werden. Deshalb ist es richtig, die ukrainischen Kulturstätten
114 vor der russischen Zerstörungswut zu bewahren. Wichtig ist auch, die
115 unabhängige Berichterstattung über das grausame Vorgehen der russischen
116 Truppen in der Ukraine weiter abzusichern, indem wir geflüchtete
117 Journalist*innen bei der Fortsetzung ihrer Arbeit im deutschen Exil
118 unterstützen;
 - 119 • rufen dazu auf, schon jetzt einen Plan für den nachhaltigen Wiederaufbau
120 der Ukraine aufzulegen, um die katastrophalen Schäden für die Menschen und
121 die Umwelt durch die russische Invasion zu beheben;
 - 122 • setzen uns dafür ein, dass Bundesregierung, EU, G7 und Weltgemeinschaft
123 die notwendige humanitäre Unterstützung leisten, um die Not und das
124 unsägliche Leid der Ukrainer*innen und der dort lebenden Menschen infolge
125 des russischen Überfalls zu lindern. Dazu zählen Hilfsgüterlieferungen,
126 aber auch andere Hilfs- und Schutzmaßnahmen durch die Vereinten Nationen
127 und ihre humanitären Partnerorganisationen in der Ukraine, insbesondere,
128 um die Grundversorgung in den Bereichen Nahrungsmittel, Gesundheit, Wasser
129 und Elektrizität sicherzustellen. Dies gilt sowohl für die über sieben
130 Millionen Binnenvertriebenen als auch für die Bewohner*innen der von
131 russischen Streitkräften belagerten Ortschaften;
 - 132 • setzen uns gemeinsam mit unseren Partnern dafür ein, die sich durch den
133 Krieg verschärfenden Herausforderungen der Welternährung anzugehen, indem
134 vor allem die Organisationen im Kampf gegen den Hunger mit ausreichend
135 finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die spekulativen Anstiege am

- 136 Getreidemarkt durch das Offenhalten der Märkte möglichst niedrig gehalten
137 und die Länder des globalen Südens besser dabei unterstützt werden,
138 nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben. Den Versuchen, diese angespannte
139 Situation für eigene Interessen oder gar das Zurückdrängen von für den
140 Arten- und Klimaschutz essentiellen Maßnahmen zu nutzen, stellen wir uns
141 klar entgegen;
- 142 • stehen den Millionen aus der Ukraine in die Nachbarländer geflüchteten
143 Menschen in dieser für sie so traumatisierenden Situation bei. Dabei
144 begrüßen wir die große Solidarität der europäischen Nachbarstaaten der
145 Ukraine. Sie müssen von Deutschland und der EU jede notwendige
146 Unterstützung erhalten, um mit dieser enormen Herausforderung zurecht zu
147 kommen;
 - 148 • sehen eine besondere Verantwortung für die hochbetagten Überlebenden der
149 Shoa in der Ukraine. Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, sie in
150 Sicherheit zu bringen;
 - 151 • begrüßen, dass Geflüchtete aus der Ukraine in der EU kein Asylverfahren
152 durchlaufen müssen und bis zu drei Jahre Schutz erhalten. Ebenso begrüßen
153 wir es, dass sie bei uns arbeiten können, krankenversichert sind und dass
154 den Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine das deutsche Schulsystem
155 sowie die Hochschulen offen stehen. Es sind vor allem Frauen mit Kindern
156 und alte Menschen, die hier Schutz suchen. Nächste Schritte müssen nun
157 sein, die Kinderbetreuung während Sprach- und Integrationskursen
158 sicherzustellen, die psychosoziale Hilfe rasch auszubauen und das
159 Fußfassen von Frauen im Arbeitsmarkt zu unterstützen. Es ist gut, dass der
160 Bund den Ländern bei der Finanzierung zur Seite steht;
 - 161 • erkennen an, dass aus der Ukraine flüchtende Menschen mit Behinderung,
162 LGBTIQ*, People of Color oder Rom*nja ein Recht auf diskriminierungsfreien
163 Zugang zu Schutz haben. Wir verurteilen Gewalt- und Diskriminierungen
164 gegen sie und setzen uns für ihren Schutz ein. Wir begrüßen, dass
165 Strukturen für unbegleitete geflohene Minderjährigen und solchen, die aus
166 ukrainischen Waisenhäusern und Kinderheimen kommen, geschaffen wurden, die
167 eine gute, vor allem aber gemeinsame Unterbringung gewährleisten;
 - 168 • setzen uns dafür ein, dass auch Drittstaatsangehörige, die aus der Ukraine
169 fliehen mussten, eine Perspektive für einen sicheren, langfristigen
170 Aufenthalt bei uns erhalten. So wollen wir zum Beispiel für Studierende
171 das Hamburger Modell auch im Bund umsetzen;
 - 172 • setzen uns für den besonderen Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und
173 Menschenhandel ein. Opfern von Repression, Folter und sexualisierter
174 Gewalt ist schnell und umfassend medizinische und psychologische Hilfe zu
175 gewähren;
 - 176 • setzen uns dafür ein, dass auch politisch Verfolgte und Regimegegner*innen
177 aus Russland und Belarus wie etwa Menschenrechtsaktivist*innen,
178 Deserteure, Oppositionelle, Journalist*innen, Künstler*innen oder LGBTIQ*-
179 Personen zügig und unkompliziert Unterstützung sowie eine Einreise und
180 Visa in der EU und in Deutschland erhalten;
 - 181 • bedanken uns bei den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen und
182 den vielen ehrenamtlichen Helfer*innen, die bei der Aufnahme der Menschen
183 Großes leisten, die Hilfsgüter transportieren oder selbst Menschen auf der
184 Flucht unterstützen. Sie erhalten unsere volle Unterstützung und sollen
185 mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Ohne sie und die vielen
186 staatlichen Akteur*innen in Behörden und Bildungseinrichtungen, die
187 unbürokratisch unterstützen, wäre die gesellschaftliche Herausforderung

- 188 der Flucht nicht zu meistern. Wir begrüßen außerdem die unkomplizierte wie
189 großzügige Unterstützung der deutschen (Lebensmittel-)Wirtschaft mit
190 Hilfsgütern;
- 191 • befürworten eine gute Ausstattung der Bundeswehr zur Stärkung der Bündnis-
192 und Verteidigungsfähigkeit. Wladimir Putin hat mit brutaler militärischer
193 Gewalt unmittelbar an den Grenzen der Europäischen Union internationales
194 Recht nicht nur gebrochen, sondern ganz offen und bewusst mit Füßen
195 getreten. Dies und die bitteren Erfahrungen mit Putins
196 völkerrechtswidriger militärischer Gewaltanwendung in der Ukraine, Syrien,
197 Tschetschenien, Georgien, Moldau und an vielen anderen Orten, aber auch
198 die Mordanschläge von Salisbury oder im Berliner Tiergarten zeigen uns
199 eindringlich, welche Gefahr von Putin auch in Zukunft ausgehen wird;
 - 200 • wollen zukünftig weit mehr in unsere Sicherheit investieren und unsere
201 Demokratie und Freiheit schützen. Dabei geht es uns um einen umfassenden
202 Sicherheitsbegriff, der militärische Sicherheit beinhaltet, aber bei
203 weitem nicht allein. Zu einem modernen Sicherheitsverständnis im 21.
204 Jahrhundert gehören Cyber-Sicherheit, Schutz kritischer Infrastruktur und
205 Resilienz unserer demokratischen Öffentlichkeit vor systematischen
206 Versuchen von Desinformation genauso wie Energiesicherheit und
207 Klimaschutz;
 - 208 • unterstützen das 100-Milliarden-Sondervermögen zur Stärkung der Bündnis-
209 und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Dazu gehört für uns eine zügige
210 Evaluation und Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr, eine
211 Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit, auch bei Beschaffung und
212 Rüstungskoperationen, Cybersicherheit, Ertüchtigung von Partnern, eine
213 klare und nachvollziehbare Projekt-Unterlegung und eine bedarfsgerechte
214 Ermittlung notwendiger Militärausgaben;
 - 215 • lehnen eine Verankerung der von Vorgängerregierungen zugesagten NATO-Quote
216 von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben im
217 Grundgesetz ab. Fixe Quoten abseits des Bedarfs der Bundeswehr, bei
218 fehlenden effizienten Beschaffungsstrukturen und einem Zu-wenig an
219 europäischer Zusammenarbeit bedeuten eben genau nicht mehr Sicherheit;
 - 220 • stellen das im Völkerrecht verankerte Konzept der „menschlichen
221 Sicherheit“ insgesamt ins Zentrum, also eine gut finanzierte humanitäre
222 Hilfe, eine substanzielle zivile Krisenprävention und -bearbeitung,
223 Sicherheit vor Gewalt, vor Bedrohungen wie Armut, Hunger oder den Folgen
224 der Klimakrise sowie partner-orientierte Entwicklungszusammenarbeit und
225 eine feministische Außenpolitik. Die Umsetzung der Ziele für Nachhaltige
226 Entwicklung (SDGs) und des Pariser Klimaabkommens sind dafür zentral.
227 Daher wollen wir zukünftig auch erheblich mehr in diese über das rein
228 Militärische hinausgehende Sicherheit investieren;
 - 229 • setzen uns für Abrüstung und insbesondere für eine Welt ohne Atomwaffen
230 ein, wie wir es im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben. Die notwendige
231 Wehrhaftigkeit unserer Demokratien darf eine effektive Friedensarbeit
232 nicht versperren.
- 233 Diesen Weg der Solidarität mit den Menschen in und aus der Ukraine müssen wir
234 gemeinsam mit unseren europäischen, transatlantischen und weiteren
235 demokratischen Partnern weltweit weiter gehen. Dies gebietet die Menschlichkeit,
236 aber es sind auch die gewaltigen Opfer, die die mutigen Ukrainer*innen nicht nur
237 für ihr eigenes Land, sondern für das Fortbestehen unserer Freiheit und
238 Demokratie in der Europäischen Union erbringen, die uns hierzu verpflichten.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit des Antrags begründet sich in der sich ständig ändernden Situation um den Krieg in der Ukraine.